Haushalt und Finanzen 2027



Rede von
Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2027 am 04. November 2026 im Kreistag Coesfeld

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Mitglieder des Kreistages,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2027 legen wir heute die finanzielle Grundlage für die weitere Entwicklung unseres Kreises. Er steht dabei unter dem **Leitgedanken #wirfüreinander** – einem Motto, das treffend beschreibt, was unser Selbstverständnis ist, was aber auch unseren Kreis auszeichnet:

Zusammenhalt, Verantwortung und das gemeinsame Engagement für das Wohl der Menschen im Kreis Coesfeld.

Der Haushalt ist dabei weit mehr als die Zusammenstellung von Einnahmen und Ausgaben. Er ist **Ausdruck unserer politischen Zielsetzungen und Prioritäten**. Er zeigt, welche Aufgaben wir als Kreis wahrnehmen, welchen Herausforderungen wir uns stellen und welche Investitionen wir für eine erfolgreiche und nachhaltige Zukunft für notwendig und verantwortbar halten.

Die Rahmenbedingungen für die Aufstellung dieses Haushalts sind ohne Zweifel anspruchsvoll. Insofern hat sich die Lage auch im Vergleich zu meiner letzten Haushaltsrede für das aktuelle Haushaltsjahr nicht wirklich im Kern verbessert, so dass ich in diesem Jahr auf die finanziellen Rahmenbedingungen bewusst nur sehr verkürzt eingehen möchte.

Bei alledem ist die Feststellung umso erfreulicher, dass der Kreis Coesfeld auch unter schwierigen Vorzeichen **handlungs- und gestaltungsfähig** bleibt. Dies verdanken wir – inzwischen nach mehr als 50 Jahren seit der Kommunalen Neugliederung – vor allem einer verlässlichen wirtschaftlichen Basis, einem guten Miteinander in der kommunalen Familie von den Städten und Gemeinden über uns als Kreis bis hin zum Landschaftsverband, aber auch einer engagierten Bürgerschaft mit gelebten ehrenamtlichen Strukturen und einem echten Bürgersinn und einer ausgeprägten Liebe für die eigene Heimat. Gerade hierum beneiden uns andere Regionen in besonderer Weise.

Auf der Habenseite können wir aber auch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier in der Kreisverwaltung zählen, die mit mir Freude am Gestalten haben, um so unseren Auftrag zu erfüllen, den uns der Gesetzgeber gegeben hat, nämlich unseren Kreis „zum Besten der kreisangehörigen Gemeinden und ihrer Einwohner“ zu verwalten (§ 1 Abs. 1 KrO NRW). Dies gelingt uns aber auch nur mit einem Kreistag, der auch künftig bereit ist, Verantwortung zu

übernehmen und die notwendigen Entscheidungen und Weichenstellungen mit Weitblick zu treffen.

Bevor Ihnen unser Kämmerer, Herr Dr. Linus Tepe, in gewohnter Weise die wesentlichen Inhalte und Kennzahlen des Haushaltsplanentwurfs im Detail vorstellen wird, möchte ich zunächst – in gebotener Kürze - auf die **politischen, wirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen** eingehen, die diesen Haushalt prägen.

Zugleich möchte ich mit Ihnen, einen Blick auf einige ausgewählte **Investitionen** werfen, die wir Ihnen im kommenden Jahr vorschlagen, um die **Zukunftsfähigkeit unseres Kreises** nachhaltig zu sichern und den Herausforderungen der kommenden Jahre bestmöglich zu begegnen.

I. Einleitung

Vor ziemlich genau einem Jahr haben Sie sich als neu gewählter Kreistag nach der Kommunalwahl konstituiert. Viele neue Gesichter haben Verantwortung übernommen, zahlreiche erfahrene Kreistagsmitglieder setzen ihre Arbeit fort. Aber auch einige erfahrene Kreistagsmitglieder sind ausgeschieden.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben und mich zugleich dafür bei Ihnen allen bedanken, dass die **Zusammenarbeit in den politischen Gremien unseres Kreises** weiterhin von Sachlichkeit, Respekt und dem gemeinsamen Willen geprägt ist, gute Lösungen für die Menschen in unserer Region zu erreichen. Dies ist heute keineswegs überall mehr selbstverständlich. Umso mehr sollte es auch weiterhin unser Ziel sein, dieses gute Arbeitsklima und den fairen Umgang miteinander zu erhalten.

Die politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa zeigen vielmehr, dass sich politische Bindungen verändern und gesellschaftliche Debatten teilweise deutlich schärfer geführt werden, als noch vor wenigen Jahren.

Vor allem die **Landtagswahlen** in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben in den letzten Wochen starke Veränderungen hervorgebracht und erneut verdeutlicht, dass viele Bürgerinnen und Bürger mit Sorge auf die großen Herausforderungen unserer Zeit blicken.

Im **kommenden Jahr** richtet sich der Blick dann auf **Nordrhein-Westfalen**. Die Landtagswahl im April 2027 wird auch darüber entscheiden, unter welchen Rahmenbedingungen kommunale Politik in den kommenden Jahren gestaltet werden kann.

Umso wichtiger ist es, dass wir als kommunale Familie unsere Anliegen weiterhin geschlossen und mit Nachdruck gegenüber Land und Bund vertreten.

II. Allgemeine weltpolitische Situation

Meine Damen und Herren,

leider bleibt auch das Jahr 2026 von **internationalen Krisen** geprägt.

Der **Krieg in der Ukraine** befindet sich nun im fünften Jahr - dauert damit bereits länger als der Erste Weltkrieg - und fordert auf beiden Seiten täglich neue Opfer. Die Nachrichten über Zerstörung, Leid und Vertreibung reißen nicht ab. Unser Mitgefühl gilt allen Menschen, die weiterhin unter den Folgen dieses Krieges leiden.

Auch die **Situation im Heiligen Land** bleibt äußerst schwierig. Die kriegerischen Auseinandersetzungen halten an und verhindern eine nachhaltige Stabilisierung der Region. Ob das kürzliche Wahlergebnis zur Parlamentswahl in Israel hier eine Befriedung der Situation erwarten lässt, darf bezweifelt werden.

Hinzu kommt die **Eskalation der Lage im Iran**. Die Auswirkungen dieses Konflikts sind auch bei uns unmittelbar spürbar. Höhere Energiepreise, steigende Transportkosten und eine zunehmende Inflation verdeutlichen, wie eng die Weltwirtschaft inzwischen miteinander verflochten ist.

Internationale Krisen bleiben **nicht an Landesgrenzen stehen**. Sie wirken sich unmittelbar auf Unternehmen, private Haushalte und öffentliche Finanzen auch hier vor Ort aus.

Darüber hinaus beobachten wir eine zunehmende Zahl von **Angriffen auf kritische Infrastrukturen**. Die Angriffe auf Hochspannungsleitungen und Umspannwerke in mehreren Bundesländern, die Sabotagevorfälle im Umfeld des Flughafens Leipzig-Halle sowie der Stromausfall in Berlin mit rund 45.000 betroffenen Haushalten und Betrieben haben deutlich gemacht, wie verletzlich moderne Gesellschaften geworden sind.

Diese Ereignisse führen uns vor Augen, dass sich die Bedrohungslage verändert hat. Sicherheit bedeutet heute mehr denn je, auch die **Widerstandsfähigkeit** unserer Infrastruktur und auch der Gesellschaft zu **stärken**.

Deshalb gewinnen Krisenvorsorge, Katastrophenschutz und Resilienz auf allen staatlichen Ebenen zunehmend an Bedeutung. Dies macht sich auch bei uns im Kreis Coesfeld bemerkbar, denn auf Grund der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen werden unsere Aufgaben nicht weniger. Daher werden bereits neben den gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen, wie z.B. der zivilen Alarmplanung auch weitere **Vorkehrungen im Bereich der Krisenvorsorge** mit Augenmaß getroffen.

Hier gilt es aber auch die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung weiter zu stärken. Gut auf Krisen vorbereitet zu sein, gehört wieder für jede Bürgerin und jeden Bürger im Kreis Coesfeld zum verantwortungsvollen Handeln unserer Gegenwart.

In einem groß angelegten **Tag der Sicherheit**, verbunden mit einem **Tag der offenen Tür der Kreisverwaltung** hier in Coesfeld, der für **Samstag, 19. Juni 2027** geplant ist, werden wir zugleich auch den Neubau unserer Kreisleitstelle der Bürgerschaft vorstellen und dabei auch mit unserem Netzwerk aus den unterschiedlichen Akteuren im Bevölkerungsschutz vermitteln, wie sich jeder zu Hause auf etwaige Krisen gut selbst vorbereiten kann.

III. Kommunale Finanzlage

Wie gerade schon ausgeführt, habe ich bereits im vergangenen Jahr hierzu umfangreich vorgetragen. Damals habe ich unter Hinweis auf die Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen, dass sich die Finanzlage vieler Städte und Gemeinden in einer äußerst schwierigen Situation befindet.

Leider hat sich an dieser Einschätzung nichts Wesentliches geändert, auch der druckfrisch erschienene Kommunalfinanzbericht des Deutschen Landkreistages spricht hier eine deutliche Sprache.

Die aktuellen Zahlen zeigen, dass sich die finanziellen **Herausforderungen vieler Kommunen** weiter **verschärft** haben. Nach den veröffentlichten Daten haben die Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025 erneut **erhebliche Finanzierungsdefizite** verzeichnet.

Besonders deutlich wird dies bei der **Entwicklung der Verschuldung**. Zum Jahresende 2025 beliefen sich die Schulden der nordrhein-westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände auf rund 64,1 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von knapp 16 Prozent und damit dem **stärksten Anstieg seit dem Jahr 2017**. Besonders kritisch ist die Entwicklung bei den Liquiditätskrediten. Diese stiegen auf 27,6 Milliarden Euro. Gleichzeitig erhöhten sich die Investitionskredite auf 36,6 Milliarden Euro. Diese Zahlen verdeutlichen, dass zahlreiche Kommunen ihre angespannte Haushaltslage zunehmend durch **zusätzliche Verschuldung kompensieren** müssen.

Die kommunalen Spitzenverbände gehen inzwischen davon aus, dass bereits im kommenden Jahr mehr als ein Drittel aller Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen der Haushaltssicherung unterliegen werden.

Dies ist eine Entwicklung, die uns nicht gleichgültig lassen kann. Denn starke Kommunen sind die Grundlage eines leistungsfähigen Staates.

Positiv ist deshalb zu bewerten, dass das Land mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 erstmals nach über 40 Jahren eine strukturelle **Anhebung des Verbundsatzes von 23,0 auf 23,5 Prozent** vorsieht.

Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass die langjährige Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach einer schrittweisen Rückkehr zu einem **Verbundsatz** von **28,5 Prozent (bis 1979)** bislang eben nur in einem ersten Schritt angegangen worden ist. Hier bleiben wir klar: die Forderung in Richtung unserer Landesregierung lautet unverändert, dass die weiteren Anhebungsschritte konsequent weiter umgesetzt werden müssen, um die Kommunalfinanzen wieder auf das erforderliche Mindestniveau zu heben.

Trotz aller Schwierigkeiten stellt sich bei uns im Kreis Coesfeld die Situation durchaus differenziert dar. Die eigene Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden entwickelt sich weiterhin erfreulich. Dies ist Ausdruck der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Region. Gleichzeitig führt diese Entwicklung im kommunalen Finanzausgleich aber zu rückläufigen

Schlüsselzuweisungen auf Ebene der Städte und Gemeinden. Dies zeigt, dass sich unser Kreis trotz schwieriger Rahmenbedingungen weiterhin vergleichsweise positiv entwickelt.

Anders als bei den Kommunen, steigen für den Kreis Coesfeld hingegen die Schlüsselzuweisungen von 52,63 Mio. Euro auf 55,62 Mio. Euro und damit um rund drei Millionen Euro beziehungsweise 5,68 Prozent.

Von großer Bedeutung für die kommenden Jahre ist das **Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz**. Für den Kreis Coesfeld sind daraus Fördermittel von insgesamt 27,3 Mio. Euro vorgesehen. Dabei ist hervorzuheben, dass diese Mittel ausschließlich für investive Maßnahmen eingesetzt werden dürfen. Sie dienen somit nicht der Finanzierung laufender Aufwendungen, eröffnen jedoch wichtige Handlungsspielräume für Zukunftsinvestitionen.

Wir haben uns ja schon darauf verständigt, dass diese Mittel insbesondere in den Bildungsbereich sowie in Maßnahmen der Krisenvorsorge fließen sollen.

IV. Zukunftsfähiger Kreis Coesfeld

Unter diesen Rahmenbedingungen gilt es, unseren Kreis mit seinen Einrichtungen und seiner Infrastruktur auch künftig leistungsfähig, serviceorientiert und finanzierbar aufzustellen.

Dabei haben wir die Signale unserer **Städte und Gemeinden auch in diesem Jahr sehr ernst genommen**. Ebenso haben wir die Anregungen und Forderungen aus den bisherigen politischen Beratungen aufgegriffen.

So haben wir beispielsweise eine **hausinterne Arbeitsgruppe** eingerichtet, die eine Vielzahl konkreter Maßnahmen zur **Entbürokratisierung** in den Bereichen erarbeitet hat, die wir als Kreis direkt selbst beeinflussen können und wo teils vor vielen Jahren eigene Standards gesetzt worden sind. Meine klare Vorgabe ist, dass auch wir aktiv daran arbeiten, möglichst viele dieser eigenen Standards abzubauen, um Dinge zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Klar: es bleiben viele Vorgaben, die uns Land und Bund durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse vorgegeben haben. Hier stehen wir jedoch in einem regen Austausch mit der Staatskanzlei in Düsseldorf, um sehr konkret mit Beispielen aus der Praxis darauf hinzuwirken, dass auch hier Bürokratieabbau gelingt. Aber: hierbei braucht es einen langen Atem und die Hartnäckigkeit, die uns Westfalen wohl auch zu eigen ist.

Darüber hinaus haben wir uns auch in diesem Jahr intensiv mit den **Haushaltsstrukturen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe** auseinandergesetzt. Dies geschieht einerseits in den dortigen Haushaltsberatungen, aber auch schon im Vorfeld im direkten Austausch mit der Verwaltung des LWL, um auch hier offene Fragen z.B. zur Kostenstruktur im Bereich der **Eingliederungshilfe** zu erörtern. Hierzu haben wir uns ja auch schon vor einigen Jahren als Kreistag an einer Resolution beteiligt, da die Eingliederungshilfe nach wie vor zu einem großen Teil durch unseren Haushalt über die **Landschaftsumlage** zu finanzieren ist. Bund und gerade auch das Land machen sich hier „einen schlanken Fuß“, was wesentlich zur beschriebenen Schieflage der kommunalen Haushalte beiträgt.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der Kreis Coesfeld zu den Kreisen gehört, der vom **LWL** ganz klar auch profitiert. Zwar mussten wir im laufenden Jahr mit **77 Mio. EUR** Landschaftsumlage mehr Geld an den LWL überweisen als unser eigener gesamter Personaletat umfasst.

Umgekehrt flossen vom LWL jedoch auch im gleichen Zeitraum **216,2 Mio. EUR** in den Kreis Coesfeld zurück (das sind rechnerisch 2,81 EUR pro gezahltem EUR Landschaftsumlage) und gingen insbesondere in den **Sozialbereich**, also an Einrichtungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, für die wir traditionell in den großen Häusern wie Stift Tilbeck oder das Anna-Katharinen-Stift in Dülmen Plätze auch für Menschen aus anderen Kreisen bereithalten. Insofern kommen diese Mittel zwar leider nicht wieder unserer Kreiskasse zugute, aber immerhin werden damit hier bei uns im Kreis viele Arbeitsplätze finanziert, die unsere Region stärken und auch attraktiv machen.

Es bleibt in dieser Systematik aber festzustellen: durch Tarifbindung, längere Lebenserwartungen und sonstige Kostensteigerungen ist auch in den kommenden Jahren mit einer steigenden Zahllast beim LWL zu rechnen. Positiv ist, dass die mehrheitstragenden Fraktionen von CDU und SPD deutliche Eckpfeiler für die Finanzplanung und auch den Stellenplan vorgegeben haben. Diese werden die Steigerungen kurz- und mittelfristig abdämpfen oder nivellieren.

Wir werden den intensiven Dialog mit dem LWL auch weiter fortsetzen. Gleichzeitig erwarten wir, dass er sich unserem Vorgehen als Umlageverband auch gegenüber seinen Körperschaften annähert und zielgerichtet mit Eigenkapital, Personalzuwachs und eigener Entbürokratisierung umgeht.

Darüber hinaus wurden auch hausintern konkrete Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. Seit September 2026 gilt eine **Bewirtschaftungssperre** für bestimmte Fortbildungsbudgets. Zusätzlich wurde eine **Wiederbesetzungssperre von drei Monaten** für freiwerdende Stellen eingeführt.

Diese Maßnahmen sind nicht einfach. Sie zeigen jedoch deutlich, dass wir mit den notwendigen **Konsolidierungsanstrengungen im eigenen Haus** bereits **begonnen** haben. Getreu dem Leitspruch #wirfüreinander!

Die eingangs skizzierte Lage der Kommunalfinanzen zwingt uns jedoch alle dazu – und daher richte ich meine klare **Erwartungshaltung auch an unsere Städte und Gemeinden –** die uns möglichen Konsolidierungsmaßnahmen zur Entlastung der eigenen Haushalte **konsequent** umzusetzen.

V. Investitionen in die Zukunft

Meine Damen und Herren,

Konsolidierung bedeutet nicht Stillstand. Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir dort investieren, wo Investitionen für die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises unverzichtbar sind. Dabei gilt selbstverständlich:

Es muss **nicht immer der Goldstandard** sein. Neue Standards müssen kritisch hinterfragt werden. Gleichzeitig dürfen notwendige Investitionen nicht unterbleiben. Dies insbesondere dann, wenn hierdurch nachhaltige Schäden drohen oder die Maßnahmen unumgänglich werden.

Den Blick möchte ich an dieser Stelle exemplarisch auf einige wegweisende Vorhaben richten und Ihnen diese zukunftsweisenden Investitionen im kommenden Jahr vorstellen:

1. Schulgebäude

Ein besonderer Schwerpunkt liegt weiterhin auf der **Sanierung unserer Schulgebäude**. Für das Jahr 2027 sind Investitionen in Höhe von **7,5 Mio. Euro** vorgesehen.

Den größten Anteil nimmt dabei die umfassende **Sanierung des Pictorius-Berufskollegs** in Coesfeld ein. Sie bildet gewissermaßen das **kraftvolle Ausrufezeichen** im Rahmen der umfassenden Sanierungen unserer Berufskollegs, nach den bereits erfolgreichen Sanierungen des Oswald von Nell Breuning Berufskollegs in Coesfeld und des Richard von Weizsäcker Berufskollegs in Lüdinghausen. Ab dem Jahr 2027 wird nun am Pictorius zunächst die Vergabe an einen Generalplaner vorbereitet. Im Anschluss sind die notwendigen verschiedenen Fachplanungen einzubeziehen.

Die Investition in das Pictorius-Berufskolleg ist nicht nur eine Investition in ein Gebäude. Sie ist eine Investition in Bildung, Fachkräftesicherung und die Zukunft unserer Region und damit auch ein klares Bekenntnis des Kreises zur dualen Ausbildung und zu unserer regionalen Wirtschaft.

2. Digitaler Re-Invest für die Schul-IT

Auch die Digitalisierung bleibt eine Daueraufgabe. Die ersten Geräte, die über den Digital Pakt beschafft wurden, erreichen inzwischen das **Ende** ihrer **Nutzungsdauer**. Wer Digitalisierung ernst meint, muss nicht nur neue Geräte anschaffen. Er muss auch ihren sicheren Betrieb und ihren **rechtzeitigen Ersatz** finanzieren.

Daher entstehen allein durch den notwendigen digitalen Re-Invest im Kreishaushalt Mehraufwendungen von rund einer Million Euro. Dies verdeutlicht, dass Digitalisierung längst keine einmalige Aufgabe ist, sondern eine dauerhafte Aufgabe kommunaler Haushalte.

Für unsere drei Berufskollegs und drei Förderschulen an insgesamt acht Standorten planen wir 2027 rund **968.000 €** als **konsumtiven Aufwand** und rund **77.000 €** als **investive Ausgaben** für den digitalen Re-Invest. Etwa 70 % entfallen auf die Berufskollegs und 30 % auf die Förderschulen. Wir sprechen über den Ersatz von rund 1.700 Geräten. Das sind keine beliebigen Neuanschaffungen, sondern die Voraussetzung für verlässlichen zeitgemäßen Unterricht, der längst in vielen Teilen digital geworden ist.

Mir ist es aber auch wichtig, in diesem Zusammenhang zu betonen, dass wir als Schulträger bei aller notwendiger Vermittlung von digitalen Kompetenzen auch Wert darauf legen, dass wir die Erwartung haben, dass unsere Schülerinnen und Schüler aber auch noch lernen, sich in der analogen Welt zurecht zu finden. Das klingt zwar etwas merkwürdig, ich sage dies aber

aus gutem Grund, denn längst beobachten wir bei eigenen Nachwuchskräften, dass so manche lebenswichtige Kompetenz aus der analogen Welt nicht mehr vermittelt worden ist. Hier muss rechtzeitig Schule wie Elternhaus daran arbeiten, dass wir nicht von einem Extrem in ein anderes wechseln.

Maßstab für den Austausch sind vor allem die IT-Sicherheit und die Verfügbarkeit notwendiger Updates. Wir ersetzen die Geräte also erst, wenn sie technisch ihr „End of Life“ erreicht haben. Auch das ist Haushaltsdisziplin: nicht zu früh ersetzen, aber auch nicht auf Kosten der Sicherheit zu spät.

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls hervorzuheben, dass das Land NRW die Ausführungsbestimmungen zum Digital Pakt 2.0 leider noch immer nicht bekannt gegeben hat. Verbessernde Erträge bzw. Einzahlungen aus diesem Förderprogramm konnten daher bislang nicht im Haushaltsentwurf 2027 berücksichtigt werden.

Nun hat uns erst gestern unsere Schulministerin Dorothee Feller im Rahmen der Landkreisversammlung in Paderborn Hoffnung gemacht, dass nun sehr kurzfristig mit der Bekanntgabe dieser notwendigen Regelungen zu rechnen ist, so dass wir etwaige Verbesserungen aus dem Digital Pakt 2.0 natürlich über die Änderungsliste mit einpreisen würden.

3. Rettungsdienst, Leitstelle und Katastrophenschutz

Auch wenn die derzeit laufenden Bauvorhaben im Bereich des Rettungsdienstes erfreuliche Fortschritte machen, sind die **Entwicklungen im Rettungsdienst** jedoch von Licht und viel Schatten geprägt.

Auf Bundes- und Landesebene stehen wichtige Weichenstellungen für die zukünftige Ausgestaltung und Finanzierung des Rettungsdienstes an. Am 23. Februar 2026 fand hierzu ein Spitzengespräch im Gesundheitsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen statt. Der daraus hervorgegangene **Moratoriumserlass** erreichte den Kreis Anfang Oktober. Danach sind Bauvorhaben für Rettungswachen, die noch nicht die Leistungsphase 5 erreicht haben, vorläufig auszusetzen, bis die Finanzierung des Rettungsdienstes abschließend geregelt ist. Das bedeutet für uns ganz konkret, dass wir unsere Rettungswachenvorhaben in **Coesfeld, Dülmen, Olfen, Nordkirchen** sowie die Erweiterung in **Senden** vorerst auf Eis legen mussten.

Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie unserem Vorschlag sofort noch in der letzten Kreistagssitzung ganz kurzfristig entsprochen und uns damit beauftragt haben, uns nachdrücklich für die weitere Realisierung dieser wichtigen Infrastrukturmaßnahmen in die notärztliche Versorgung bei den zuständigen Stellen einzusetzen. Dies werden wir auch weiterhin tun und fortlaufend hierüber berichten.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang insbesondere die anstehende **Novellierung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch** durch den Bund. Ziel ist unter anderem, bestimmte Einsätze künftig abrechnungsfähig zu machen, bei denen kein Transport in ein Krankenhaus erfolgt. Hierüber habe ich bereits in den vergangen Kreistagssitzungen mehrfach berichtet.

Aktuell befinden wir uns hierzu in fortwährenden **Verhandlungen mit den Krankenkassen als gesetzlichen Kostenträgern**. Wie diese Verhandlungen ausgehen werden und welche finanziellen Auswirkungen sich daraus für den Kreishaushalt ergeben, ist derzeit noch nicht absehbar. Für die Haushaltsplanung bedeutet dies eine erhebliche Unsicherheit. Wir müssen daher davon ausgehen, dass sich sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite noch Veränderungen ergeben können.

Daher möchte ich vor allem den Blick auf die bereits begonnenen Bauvorhaben richten. Sowohl die neuen **Rettungswachen** in **Lüdinghausen** und **Nottuln** als auch die neue **Kreisleitstelle** in Coesfeld schreiten erfreulich voran.

Wenn alles planmäßig verläuft, werden wir den **Anbau der neuen Leitstelle** bereits **Mitte des kommenden Jahres in Betrieb** nehmen können. Darüber hinaus investieren wir 930.000 Euro in moderne Leitstellentechnik, 540.000 Euro in Rettungsdienstfahrzeuge, 360.000 Euro in den Katastrophenschutz und weitere 260.000 Euro in die Ausstattung unserer Rettungswachen. Diese Investitionen dienen **unmittelbar der Sicherheit der Menschen** in unserem Kreis.

Bei der **Rettungswache in Nottuln** konnte mit der Bauausführung im **Sommer 2025 begonnen** werden. Aktuell werden die Fenster gefertigt, parallel beginnt der Innenausbau. Aufgrund verschiedener Bauverzögerungen wird aktuell mit einer Fertigstellung im späten Frühjahr 2027 gerechnet.

Bei der **Rettungswache in Lüdinghausen** ist die Bauausführung im **Herbst 2025 gestartet**. Aktuell wurden die Fensterarbeiten vergeben, der Rohbau im Obergeschoss schreitet voran und zeitnah wird mit den Klinkerarbeiten begonnen. Die Fertigstellung ist bis Ende 2027 vorgesehen.

Für diese Projekte sieht der Haushalt Investitionen von **insgesamt drei Millionen Euro** vor.

4. #wirfüreinander – interkommunale Zusammenarbeit am Beispiel des Kreiszentralarchivs

Ein besonderes Zukunftsprojekt stellt die Schaffung eines gemeinsamen, interkommunalen **Kreiszentralarchivs** dar. Nach einem sehr guten Findungsprozess haben Sie – im Einvernehmen mit den beteiligten neun Städten und Gemeinden – bereits im Sommer hier entschieden, das **alte Landratsamt in Lüdinghausen** für diesen Zweck von der Sparkasse Westmünsterland zu erwerben und bedarfsgerecht zu ertüchtigen.

Dies ist für mich ein gelebtes Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit, um eine Aufgabe zu bündeln und möglichst effizient und fachlich gut zu erfüllen.

Dabei ist die Idee nicht neu. Schon der preußische Reformer Karl August von Hardenberg hat vor über 200 Jahren die Stärke hervorgehoben, die sich ergibt, wenn man eine Aufgabe gemeinsam erledigt, in dem er im Stil der damaligen Zeit sagte: *„Die Kräfte der Einzelnen zu vereinigen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, ist das Geheimnis jeder großen administrativen Verbesserung.“* Als geschichtlich interessierter Mensch der Gegenwart freue ich mich daher besonders, dass wir uns einvernehmlich darauf verständigt haben, diese wichtige Pflichtaufgabe als Kreis für die Kommunen erfüllen zu dürfen.

Nach erfolgter Zustimmung zu dem Verkauf durch den Verwaltungsrat der Sparkasse nach der Sommerpause erfolgt nun in der kommenden Woche die notarielle Beurkundung des Kaufvertrages, so dass wir dann auch in die konkreteren Umsetzungsschritte gehen können.

Naturgemäß wurde bereits vor dem Ankauf das Bestandsgebäude auf seine Eignung für diese Nutzung hin geprüft. Hierzu wurde auch die Expertise des LWL-Archivamtes in Münster frühzeitig mit einbezogen. Besondere Anforderungen u.a. an die Statik, die Klimatisierung aber auch die Berücksichtigung der denkmalgeschützten historischen Bausubstanz wurden identifiziert und fließen seit dem in die fachliche Planung ein.

Für Erwerb und Ertüchtigung des Gebäudes sind im kommenden Jahr **sechs Millionen Euro** bereits eingeplant.

Nach Abschluss der notwendigen Umbau- und Ertüchtigungsarbeiten soll in diesem historischen Gebäude ein zeitgemäßer Lern-, Unterrichts- und Kulturort entstehen, der sich an alle Interessierten der Orts- und Regionalgeschichte richtet. Damit investieren wir nicht nur in Gebäude. Wir investieren auch in die Bewahrung unseres kulturellen Erbes.

VI. Chancen der weiteren interkommunalen Zusammenarbeit

Nicht nur, weil wir in finanziell angespannten Zeiten leben, sondern aus tiefer Überzeugung heraus bin ich der Meinung, dass wir das kommende Jahr intensiv nutzen sollten, um mit unseren Kommunen in einen vertieften Dialog zu treten, in welchen Bereichen ganz konkret und ohne, dass dies für den Bürger zu Einbußen kommen muss, es zu einer weiteren vertieften Zusammenarbeit kommen könnte.

Um nicht missverstanden zu werden: ich rede damit von keiner kommunalen Neugliederung. Vielmehr geht es darum, wie wir die vorhandenen Strukturen und Erfahrungen nutzen können, um über die bisherige Form der Zusammenarbeit hinaus in Zeiten des fortschreitenden demografischen Wandels und des damit einhergehenden Fachkräftemangels im Wettbewerb um die klugen Köpfe Aufgaben in kluger Weise zu bündeln.

Schon heute nehmen wir beispielsweise für einzelne Kommunen die **Lohnbuchhaltung** für die Beschäftigen wahr, bieten aber auch die gemeinsame **Vergabestelle** oder das Thema der **Datenschutzbeauftragten** für einige Kommunen an. Auch die gemeinsame Sammlung und den Transport des **Abfalls** (durch unsere Wirtschaftsbetriebe), der **Bau und den Betrieb der E-Ladesäulen** oder aber der **Betrieb von Wertstoffhöfen** gehört zur geübten Praxis einer funktionierenden interkommunalen Zusammenarbeit bei uns im Kreis, ähnlich wie seit vielen Jahren die **Schlauchpflege** für unsere Feuerwehren. Ich begrüße ausdrücklich den Wunsch der Kommunen, zu einer gemeinsamen Ausschreibung und Beschaffung von neuen **Feuerwehrfahrzeugen** zu kommen – hier wäre eigentlich sogar eine landesweite Ausschreibung von standardisierten Fahrzeugen wünschenswert, aber wir fangen erst einmal auf Kreisebene an.

Ich bin mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern einig, dass es hier zunächst einmal **keine Denkverbote** geben sollte. Ich kann mir beispielsweise nach dem früheren Modell des **Finanzdienstleistungszentrums** Baumberge in Nottuln gut vorstellen, dass wir uns als Kreis auch in ein Modell einer solchen Einrichtung einbringen werden, um alles rund um die

Zahlbarmachung von Rechnungen und die Anlagenbuchhaltung gebündelt gemeinsam mit interessierten Kommunen wahrzunehmen. Eine solche Einrichtung, die zudem die rasant zunehmenden Möglichkeiten einer **Künstlichen Intelligenz** sinnvoll und unterstützend nutzt, dürfte bei vorsichtiger Einschätzung zu einer deutlichen **Hebung von Synergien** und damit auch zur Einsparung von Steuergeldern führen.

Aber auch die Bündelung beispielsweise der **Bauordnungsbehörden** im Kreis oder auch der **Jugendämter** wäre aus meiner Sicht ein sinnvoller Schritt, denn gerade hier macht sich mitunter der Fachkräftemangel schon deutlich spürbar. Auch unter finanziellen Gesichtspunkten wäre dies mehr als sinnvoll, bedeutet dies doch auch lediglich im Sinne Hardenbergs zu handeln: *„Die Kräfte der Einzelnen zu vereinigen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, ist das Geheimnis jeder großen administrativen Verbesserung.“*

VII. Worte zum Schluss

Meine Damen und Herren,

die letzten Jahre haben gezeigt:

Der Kreis Coesfeld ist ein **verlässlicher Partner seiner Städte und Gemeinden**.

Im Geist des gemeinsam vereinbarten **Letter of Intent** wurden in den vergangenen Jahren rund 23 Mio. Euro aus Verbesserungen von Jahresabschlüssen beziehungsweise aus Eigenkapital zur **Senkung der allgemeinen Kreisumlage** eingesetzt. Dieser Schritt hat für eine deutliche Entlastung der kommunalen Haushalte in den vergangenen Jahren gesorgt.

Die vereinbarte **Zielgröße der Ausgleichsrücklage ist jedoch nun erreicht**. Weitere Entnahmen aus dem Eigenkapital stehen daher aktuell nicht zur Verfügung. Der vorliegende Haushaltsentwurf wird deshalb erstmals seit Jahren wieder **originär ausgeglichen** geplant. Der Weg dahin war ein wichtiger Erfolg und Ausdruck einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

In teils zähem Ringen haben wir in den letzten Wochen in unseren internen Haushaltsplangesprächen sämtliche **Haushaltsansätze kritisch hinterfragt**. Zusätzliche Mittel wurden nur dort vorgesehen, wo sie sachlich zwingend erforderlich waren.

Das Ergebnis wird Ihnen gleich unser Kämmerer näher erläutern.

Ich komme zum Schluss: die Rahmenbedingungen bleiben herausfordernd, aber frei nach dem Motto: **einfach kann jeder**, liegt es an uns, das **Beste daraus zu machen**, um in der Erfolgsgeschichte des Kreises Coesfeld das neue Kapitel für das Jahr 2027 zu schreiben.

Insofern gibt es allen Grund, mit **Zuversicht auf das kommende Jahr zu blicken**.

Der Kreis Coesfeld steht wirtschaftlich solide da. Unsere Städte und Gemeinden entwickeln sich weiterhin positiv. Zahlreiche Unternehmen investieren in die Zukunft. Und wir verfügen über engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit hoher Professionalität Verantwortung übernehmen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf verbindet notwendige Konsolidierung mit Zukunftsinvestitionen. Er setzt Prioritäten. Er schützt die Handlungsfähigkeit des Kreises. Und er schafft die Voraussetzungen dafür, dass wir auch in Zukunft ein lebenswerter, wirtschaftsstarker und handlungsfähiger Kreis bleiben, der **Zusammenarbeit** „groß“ schreibt.

Dies kann aber **nur gemeinsam** gelingen, denn gerade in herausfordernden Zeiten zeigt sich, was uns trägt: **#wirfüreinander.**

Mein besonderer Dank gilt unserem Kämmerer Dr. Linus Tepe, Frau Jutta Grotke sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und der Dezernate, die diesen Haushaltsentwurf mit großer Sorgfalt vorbereitet haben.

Ich freue mich auf die nun vor uns liegenden konstruktiven Haushaltsberatungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.